

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Hr. Ad. Schles, Hoflieferant,
Dr. Gerber- u. Breitef.-Ede,
Otto Fieck, in Firma
J. Jäumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
I. B. J. Hirschfeld
in Posen.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Nr. 408

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal,
an den Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierzehn
Jahre 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
das Deutsche Reich. Bezahlungen nehmen alle Ausgaben
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

74. Sitzung vom 14. Juni, 11 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die zweite Berathung der Tertiärbahnvorlage wird fortgesetzt bei § 13. Derselbe bestimmt die Bedingungen, unter welchen der Bau der Bahn in Angriff genommen werden kann. Abg. Hansen (frt.) beantragt, die Bestimmung, daß der Minister den Beginn des Baues ohne vorherige Planfeststellung gestatten kann, wenn aus der beabsichtigten Bahnauslage Nachtheile oder erhebliche Verlängerungen der benachbarten Grundbesitzer und des öffentlichen Verkehrs nicht zu erwarten sind, nur für den Fall gelten zu lassen, sofern es sich nicht um die Benutzung öffentlicher Wege handelt.

Minister Thielen bittet um Ablehnung des Antrages. Die berechtigten Bestrebungen desselben hätten bereits in der Vorlage ausreichende Berücksichtigung gefunden. Wo erhebliche Nachtheile, Belästigungen und Gefahren zu befürchten seien, sei für jeden Fall eine vorgängige Feststellung des Bauplans vorgelehen. Der Antrag sei eben auch bedenklich, da er die Erleichterungen, welche § 13 gewähren wolle, zum Theil aufhebe.

Abg. Hansen hält trotz dieser Ausführungen seinen Antrag aufrecht im Interesse der Gemeinden und Anwohner öffentlicher Wege.

§ 13 wird mit dem Antrage Hansen angenommen ebenso § 14.

§ 15 bestimmt, daß es zur Eröffnung des Betriebes der Erlaubnis der zuständigen Behörde bedarf. Die Erlaubnis ist zu verlagen, wenn wesentliche bei der Genehmigung des Bau's gestellte Bedingungen nicht erfüllt sind.

Abg. Hansen (frt.) beantragt einen Zusatz, wonach in der Erlaubnis der Behörde für die Eröffnung des Betriebes eine vom Unternehmer gegen Verwirkung einer Geldstrafe innerhalb der Zeit für die Eröffnung enthalten sein muß.

Geh.-Rath Brefeld hält diesen Zusatz für überflüssig.

Abg. Brömel (df.) hat gegen die Bestimmungen des § 15 nichts einzubringen, bittet aber den Minister um eine Erklärung darüber, ob nach Erfüllung aller Bedingungen die Genehmigung ertheilt werden muß.

Minister Thielen bejaht diese Frage.

§ 15 wird hierauf mit dem Antrage Hansen angenommen.

§ 17 verlangt Bekanntmachung des Fahrplanes und der Fahrtzeiten vor ihrer Einführung. Die angegebenen Beförderungspreise haben gleichmäßig für alle Personen oder Güter Anwendung zu finden.

Abg. Rickert (df.) wünscht eine Erklärung seitens der Regierung darüber, ob jede Verschiedenartigkeit der Tarife ausgeschlossen sein soll oder ob für größere Transporte Ausnahmetarife gestattet sein sollen.

Minister Thielen erwidert, daß selbstverständlich Ausnahmetarife für größere Transporte Platz greifen können; es solle nur die Normierung der Tarife ohne Ansehen der Person geschehen.

§ 17 wird unverändert angenommen. Nach § 18 unterstehen die Lokalbahnen der für ihre Genehmigung jeweitig zuständigen Behörde; bei den mit Maschinenkraft betriebenen Bahnen soll die eisenbahntechnische Aufsicht der Eisenbahnbehörde zustehen.

Abg. Strombeck (frt.) beantragt, die Ausnahmestellung für die maschinellen Betriebe zu streichen und einen Zusatz hinzuzufügen, wonach ein Wechsel der Aufsichtsbehörde vorher öffentlich bekannt gemacht werden muß.

Geh.-Rath Frhr. v. Bredt bittet, den ersten Antrag abzulehnen, da er es zweifelhaft lasse, welche Behörde die Aufsicht

führen solle bei Betrieben, die der Genehmigung mehrerer verschiedener Behörden unterliegen.

§ 18 wird unter Ablehnung des Antrages Strombeck unverändert angenommen, ebenso §§ 19, 20, 21 (Erlöschen oder Zurücknahme der Genehmigung in Folge Nichtinnehaltung der Bedingungen).

§ 22 setzt fest, daß bei Erlöschen oder Zurücknahme der Genehmigung die Kautionssumme zurückgegeben werden muß. Der Begeunterhaltungspflichtige soll das Recht haben, die Wiederherstellung des früheren Zustandes oder den Übergang der bereits eingebauten Theile in sein Eigenthum zu verlangen. Die Aufsichtsbehörde kann eine Frist festsetzen, vor deren Ablauf der Unterhaltungspflichtige nicht berechtigt ist, die Wiederherstellung des früheren Zustandes zu verlangen.

Abg. Jerusalem (frt.) beantragt, die letzte Bestimmung zu streichen, damit der Begeunterhaltungspflichtige nicht genötigt werde, einem späteren Konzessionär dieselben Rechte einzuräumen wie dem früheren Unternehmer.

Abg. Dr. Hammacher glaubt, daß praktisch der Vorschlag des Vorredners gar keine Bedeutung habe. Denn kein Begeunterhaltungspflichtiger werde in eigenem Interesse die Wiederherstellung des früheren Zustandes verlangen, wenn sich ein neuer leistungsfähiger Konzessionär melde.

Darauf wird der Antrag abgelehnt und § 22 unverändert angenommen.

Nach § 23 steht die Entscheidung darüber, ob und inwieweit bei Zurücknahme oder Erlöschen der Genehmigung wegen Unterbrechung des Baues oder Nichtinnehaltung der für den Beginn des Betriebes bestimmten Frist die Kautio zu verfallen hat, dem Minister zu. Die Verwendung solcher Geldstrafen soll zu Gunsten des früheren Unternehmens oder ähnlicher Unternehmungen in dem betreffenden Landestheile stattfinden.

Ein Antrag Jerusalem verlangt bei Verwendung der Geldstrafe auch Verücksichtigung der Gläubiger des Unternehmens.

Minister Thielen spricht sich gegen den Antrag aus. Konventionalstrafen dürfen nicht zu einer Auseinandersetzung des Gläubigers mit dem banferotten Unternehmer verwendet werden. Kautioen seien im öffentlichen Interesse gestellt und dürften auch nur in diesem Interesse verwendet werden.

Nachdem auch die Abg. v. Tiedemann (frt.), Frenz (konf.) Dr. Krause (nl.) gegen den Antrag sich ausgesprochen, wird derselbe zurückgezogen und § 23 mit einer redaktionellen Änderung angenommen, ebenso §§ 24–25 (Anschluß an andere Bahnen).

§ 26 bestimmt, daß Lokalbahnen, die nach der Entscheidung des Staatsministeriums eine solche Bedeutung für den öffentlichen Verkehr gewonnen haben, daß sie als Theil des allgemeinen Eisenbahnnetzes anzusehen sind, vom Staate ein Jahr nach vorausgegangener Kündigung gegen Erstattung des vollen Werthes erworben werden können, falls der Unternehmer sich nicht dem Eisenbahngesetz von 1838 unterworfen hat.

Abg. Frenz beantragt, alle Beschränkungen des staatlichen Erwerbsrechtes zu streichen.

Minister Thielen tritt für diesen Antrag ein. Gegen die Fassung der Vorlage, die ihr von der Kommission zu Theil geworden sei, habe die Staatsregierung die schwersten Bedenken. Er schwere man der Regierung den Erwerb der Bahn, so werde die Regierung wider Willen dazu gedrängt, entweder bei der Konzessionirung allzu vorsichtig zu sein, oder später, wenn die konzessionierte Bahn große Bedeutung gewonnen habe, Konkurrenzlinien zu bauen.

Abg. Dr. Krause (nl.) bittet dagegen, den Antrag abzulehnen. Man müsse dem Staate geben, was ihm gebühre, aber auch dem Unternehmer, was diesem gebühre. Zwangsläufig Einbringung sei ein scharfer Eingriff in das Recht des Einzelnen. Das Gesetz gehe

sichersten durch einen Haushalttrapparat aufgefangen, etwa durch den bekannten Kohlenfilter oder noch besser durch den Bischoffischen Eisenschwammfilter. Nicht immer indessen liegt die Sache, gerade in Folge der „Trübung“ des Wassers, verhältnismäßig so „klar“, bezw. läßt sich durch so einfache Mittel beseitigen.

Betrachten wir ein anderes Bild. In einer Familie hat sich seit einiger Zeit ein unwillkommener Gast in Gestalt einer räthselhaften Krankheit eingestellt. Die Leute magern mehr und mehr ab, fühlen sich schwach und hinfällig, ihre Gesichtsfarbe wird wachsbleich, am Zahnschlüssel bildet sich ein grauer Saum und häufige heftige Leibschmerzen gestalten das Dasein zu einem recht qualvollen. Wehe den Leidenden, wenn sie in die unrechten Hände kommen! Dann wird wohl eine Welle mit „höllischen Latvergen“ planlos herumkriegt, während die Bedauernswerten immer elender werden. Ein „offener Bild“ aber erkennt bald, daß es sich um eine Bleivergiftung aus gemeinsamer Ursache handelt, die in den häuslichen Verhältnissen gesucht werden muß. Bald auch wird ihm offenbar, daß das Wasser der Attentäter ist. Zu Wasserleitungen werden nämlich vielfach wegen ihrer Biegsamkeit und leichtem Lötzfähigkeits Bleiröhren verwandt, von denen das durchziehende Wasser Theilchen aufnehmen kann. Blei ist aber bekanntlich ein starkes Gift. Wird dasselbe nun während längerer Zeit dem Organismus einverlebt, so führt es schwere Gesundheitsstörungen oben erwähnter Art herbei – indessen nicht unbedingt in allen Fällen. Das Blei verhält sich nämlich gegen das Wasser je nach dessen Beschaffenheit ganz verschieden. Rücksichtsweniger müssen vom radikalen hygienischen Standpunkte aus Bleiröhren zu Wasserleitungszwecken gänzlich verworfen, bezw. nur solche mit innerer Zinnfütterung verwendet werden.

Häufiger als die Bleiröhren geben aus ähnlichen Ursachen unzweckmäßige Kochgeschirre Veranlassung zu bedenklichen Gesundheitsstörungen. So hat schlecht glasierte Töpferware schon öfters Unheil angerichtet. Die Glasur ist nämlich bleihaltig. Ist dieselbe nicht sorgfältig hergestellt, so wird sie von Säuren angegriffen und Eisspisen z. B. können dann Blei aufnehmen. Bei neuem Geschirr ist immer Vorsicht geboten, weil Theilchen von der Glasur

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annonsen-Expeditionen
K. J. Rose, Hasenstein & Sohn p. +
G. J. Daube & Co., Frankfurt a. M.

Verantwortlich für den
Inseratenherrn:
J. Anglik
in Posen.

Mittwoch, 15. Juni.

1892

Informationen, die schriftgepalte Beiträge oder deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
20 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an besagter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachtm. angenommen.

in diesem Punkte weiter als das Eisenbahngesetz von 1838. Gegenüber dem Staate müsse der Unternehmer geführt werden.

Abg. v. Tiedemann (Bomf frt.) erklärt die Übereinstimmung seiner politischen Freunde mit dem Antrage Frenz. Lasse man den § 26 wie er von der Kommission angenommen worden sei, so werde der Ausbau der Lokalbahnen verzögert werden.

Abg. Cremer (wildfons.) stimmt ebenfalls dem Antrage zu.

Abg. Jerusalem (frt.) tritt dagegen für den Kommissionsbeschluß ein, der das öffentliche Interesse gar nicht gefährdet. Man nehme durch solche einschränkende Bestimmungen den Leuten jede Anregung für Unternehmungen.

Abg. Dr. Hammacher glaubt, die Sache nicht so leicht nehmen zu können wie Abg. Cremer. Mit dem Grundsatz: Wer sich den Bedingungen nicht füge, lasse die Hände davon – bauet man keine Eisenbahn. Da werde sich niemals das nötige Kapital zusammenbringen lassen. Bei solchen erschwernden Einschränkungen werde das Gesetz auf dem Papier stehen bleiben. Das große Kapital könne nur herangezogen werden durch die Aussicht auf größeren Gewinn. So aber schrecke man die Unternehmer ab.

Abg. Graf zu Limburg-Stirum (konf.) meint, daß man hier, wo sich zweierlei Interessen gegenüberstehen, das kleinere Nebel wählen müsse, und das liege in der Annahme des Antrages Frenz, der gerade im Interesse der Kleinbahnen liege.

Abg. Dr. Lieber (frt.) hält die Drohung der Regierung für den Fall der Ablehnung des Antrages Frenz für Schreckensherrschaft. Das wäre dochleinlich, wenn die Regierung nun plötzlich in der Erteilung von Konzessionen zurückhalte. Seitdem die großen Bahnen verstaatlicht seien, habe die Regierung die Verpflichtung, die Kleinbahnen umso mehr zu begünstigen.

Minister Thielen: Man wird weder durch die Fassung der Kommission das Kapital anlocken, noch durch die Fassung, die ich will sie abschrecken. Die Regierung muß einen gewissen Theil der Nebenbahnen dem Kapital überlassen. Die Regierung war bisher vorsichtig in der Konzessionirung von Nebenbahnen. Sie wird auch jetzt vorsichtig sein müssen und sich immer fragen: liegt ein öffentliches oder ein reines Unternehmer-Interesse vor? Von rein fiskalischen Rücksichten wird sich die Regierung aber nicht leiten lassen. Auf das Gesetz von 1838 kann man nicht Bezug nehmen, denn damals hat es noch kein Staats-Eisenbahnsystem gegeben.

Abg. Dr. Krause wiederholt seine Auffassung, nach welcher das Interesse des Privatmannes geschützt werden müsse. Die Drohungen des Ministers würden sich wohl nicht erfüllen, und er würde die Konzession nach gleichen Maßen gewähren.

Referent Abg. von Bismarck referirt über die Kommissionsverhandlungen zu § 26 und führt aus, daß die Kommissionsbeschlüsse nur mit einer Majorität von 9 zu 8 Stimmen gefaßt seien. Danach müsse er es dem Hause anheimstellen, welchen Beschluß es fassen wolle.

Abg. Rickert erklärt es für unerhört, daß der Referent nicht die Kommissionsbeschlüsse vertrete und der Ansicht sei, daß 9 nicht die Majorität von 17 sei. (Unruhe rechts.)

Die Abg. Graf Limburg-Stirum (konf.) und v. Köcher (konf.) weisen den Vorwurf des Abg. Rickert gegen den Referenten zurück. Der Referent habe ganz unparteiisch berichtet.

Abg. Dr. Lieber (frt.) gibt dem Abg. Rickert durchaus recht. Auch nach seiner Ansicht sei die Schlussbemerkung des Referenten unzulässig.

Abg. Rickert erklärt, seinen Vorwurf aufrechterhalten zu müssen (Oho! rechts). Die Praxis des Hauses, die in den Alten niedergelegt ist, ist weit mehr wert, als Ihr Oho!

Darauf wird der Antrag Frenz abgelehnt und § 26 in der Kommissionssitzung angenommen.

§ 27 enthält die Maßgabe für die Berechnung der Entschädigung. Danach ist, wenn das zu erworbende Unternehmen noch nicht fünf

Unsere Feinde in Küche und Haushalt.

Von Dr. Julius Lang.

(Nachdruck verboten.)

Feinde ringsum! Der eine ist dem Anderen, das bringt der allgemeine Kampf ums Dasein so mit sich. Indessen, welch tapferer Mann fürchtet einen ehrlichen Feind, der mit offenem Visir, Stirn gegen Stirn und mit Waffen uns gegenüber tritt, deren Streiche zu variieren in unserer Macht steht? Unheimlich nur sind jene hösartigen Gesellen, die aus dem Hinterhalt uns beschleichen, deren Pfeile heimlich aus verborgenen Schlußwinkel uns umschwirren, deren Kampfesart und Kampfmittel wir erst mühsam, oft nicht ohne empfindliches Lehrgebärd an Gesundheit und Leben, kennen lernen müssen, um uns wirklich schützen zu können. Und diesen hinterlistigen Burschen gerade haben wir in unserer Häuslichkeit ein gemütliches Heim eingerichtet. Ja, oft sind es gerade unsere vertrautesten Haugenoßen, die, heuchlerisch unter dem Mantel freundlicher Gesinnung für unser Wohlergehen, solch arge Tücken bergen.

Das Wasser, das unentbehrliche gesunde Getränk, der nothwendige Grundstoff aller unserer Speisen, der gütige Vermittler aller Kochprozesse, er kann zum verderbenbringenden Widersacher werden, wenn er in Folge gewisser Beimengungen seinen natürlichen „reinen“ Charakter verloren hat. Unglaublich zahlreich und mannigfaltig aber sind diese kleinen, das Wasser bevölkenden Gesundheitsfeinde. Mehr unschuldiger Natur sind noch die Rüß- und Erdtheilchen, Wollfärerchen, kleine Thierhärtchen und ähnliche appetitliche Dinge, die das Wasser mehr oder weniger stark trüben, aber bei längerem Stehen desselben sich als Bodensab von selbst abscheiden. Gefährlicher schon sind die lebenden Organismen, die Bakterien, Infusorien, Amoeben, Monaden, Algen, und wie sie sonst alle helfen, von denen ein Tropfen Tauende enthält und die daher nur mittelst scharfer Mikroskop erkennbar sind. Nur mit Siedekoch ist ihnen beizukommen und ein Wasser, das größere Mengen derselben aufweist, darf daher nur im abgekochten Zustande benutzt werden. Diese ersten Verunreinigungen werden am

sehr locker anhaften können, so daß sie wenigstens die ersten Speisen zu vergiften vermögen. Diese „lockeren Gesellen“ kann man aber unschädlich machen, wenn man jedes neu angekauft Stück eine halbe Stunde lang mit Eissig-Kochsalz-Wasser (auf ein Liter Wasser zwei Eßlöffel Eissig und ein Eßlöffel Kochsalz) auskochen und nachher mit heißem Wasser gründlich abspülen. Auch alte Geschirre sind gefährlich, weil die Glasur mit der Zeit rissig wird, daher fort mit ihnen. Von den verschiedenen Metallgeschirren verhalten sich die kupfernen am feindlichsten, denn sie geben Veranlassung zur Bildung eines der heftigsten Gifte, des Grünpans, der sich vorzugsweise dann bildet, wenn man saure Speisen in solchen Geschirren gekocht hat und jene darin alsdann bis zum Erkalten stehen läßt. Um diese Gefahr zu vermeiden, hat man das Kupfergeschirr verzinkt, damit wird aber in vielen Fällen nur der Teufel durch Belzzebub ausgetrieben, weil nämlich die Verzinnung häufig doppelt ist. Um sicherer geht, wer sich ausschließlich an eiserner, innen emaillirte Kochgeschirre hält, die niemals Schaden stiften können – vorausgesetzt, daß das Emaille bleiftet.

Bei einiger Aufmerksamkeit wird man immerhin die bisher erwähnten Klippen umschiffen und sich vor Nachtheilen bewahren können. Anders steht die Sache bei jenen, natürlich vorkommenden, bezw. aus schmider Gewinnsucht künstlich hergestellten Veränderungen unseres täglichen Brotes in engerer und weiterer Bedeutung des Wortes, jenen nicht erkannten Gefährdungen oder absichtlich betriebenen Fälschungen der Nahrungs- und Genussmittel, die nach wie vor, trotz strenger sanitätspolizeilicher Kontrolle, ihr Unwesen treiben. Das Gebiet ist so umfangreich, daß wir uns auf summarische Andeutungen und Kennzeichnung der gefährlichsten dieser Feinde beschränken müssen. Erwähnt seien die Trichinen, die Finnen und die mannigfachen sonstigen Erkrankungen der Schlachthiere, wodurch noch immer, bewußt und unbewußt, viel Schaden angerichtet wird. Erinnert sei in zweiter Reihe an die betrügerischen Färbungen und Zusätze zu Wurst und Butter, die Milch- und Weinplätzchereien, die giftigen Bemalungen des Kaffees und Thees, die Herstellung des gepulverten Zimmet, Pfeffers, Zuckers u. a. aus Ziegelmehl, Staub, Gips, Kreide

Jahre im Betriebe war, der Jahresdurchschnitt des bisher erzielten Reingewinnes für die Berechnung der Entschädigung maßgebend.

Abg. Dr. Langerhans (hr.) b e a n t r a g t , diesen Satz zu streichen. In den ersten Betriebsjahren wird ein Eisenbahnunternehmen immer einen sehr geringen Gewinn ab. Wenn der Staat das Recht hat, eine solche Bahn bereits innerhalb dieser fünf Jahre zu erwerben und dieser Werth nur nach dem Durchschnitt des bisher erzielten Gewinns berechnet wird, so wird sich das Privatkapital hüten, sich mit solchen Unternehmen zu befassen. Das das Privatkapital herangezogen wird, ist aber durchaus notwendig, denn die Regierung kann dem allgemeinen Bedürfnis nicht nachkommen.

Geheimrat Gleim erwirbt, daß der Staat auch in den ersten 5 Jahren das Recht haben müsse, eine Bahn zu erwerben. Die Bedingungen entsprechen dem Eisenbahngesetz von 1838.

Abg. Dr. Krause (nl.) befürwortet den Antrag Langerhans.

Abg. Dr. Gerlich (freit.) erkennt die Ausführungen des Abg. Langerhans als berechtigt an, glaubt aber, daß durch seinen Antrag eine Lücke entstehe, und giebt ihm anheim zu beantragen, daß bei dem Erwerb einer Bahn nach den ersten 5 Jahren ihr Werth nach dem Durchschnitt der letzten Jahre berechnet werden soll.

Der Antrag Langerhans wird abgelehnt, § 27 unverändert in der Kommissionssatzung angenommen, ebenso die §§ 28–34.

Nach § 25 der Regierungssatzung bedarf es zur Anlegung von Bahnen in den Straßen Berlins und Potsdams der königlichen Genehmigung. Die Kommission beantragt folgende Fassung: an dem Erfordernis der königlichen Genehmigung für die Anlegung von Bahnen in den Straßen Berlins und Potsdams wird durch das gegenwärtige Gesetz nichts geändert.

Abg. Dr. Lieber (Btr.) beantragt die Wiederherstellung der Regierungssatzung. Die Kommissionssatzung sei unklar und lasse Zweifel über das Recht der königlichen Genehmigung bestehen. Man müsse auf das Hoflager in den Haupt- und Residenzstädten entschieden Rücksicht nehmen.

Minister Thielen erklärt, daß die Regierung die schwersten Bedenken gegen die Fassung der Kommission habe. Die Regierungssatzung schafft eine klare und unzweifelhafte Rechtsgrundlage für die königliche Genehmigung, während durch die Kommissionssatzung nur Zweifel erzeugt werden, die im allseitigen Interesse zu befürchten sind. (Burstimmung rechts.) Die Befürchtung, daß die Genehmigungsprozedur erschwert werde oder eine Bahn nicht zu Stande kommen werde, ist unbegründet. Es bedarf nur eines Hinweises auf die stete Fürsorge der Hohenzollern für die Interessen des Verkehrs. Die königliche Genehmigung ist ja auch nur für die eleganteren Stadttheile erforderlich. Beziiglich der untergeordneten Stadttheile ist dies ja auf die Behörden übertragen.

Abg. Graf Limburg (kons.) schließt sich dem Minister an und ist der Meinung, daß die Kommissionssatzung das Recht der Krone in Zweifel ziehe.

Abg. Dr. Krause weist diesen Vorwurf zurück. Der Kommissionsbeschluß rüttelt in keiner Weise an dem Recht der Krone; er verändert seine Entstehung der einfachen nahestehenden Erwägung, daß in den Motiven zu § 25 gesagt ist, die Regierungssatzung entspricht, soweit es sich um die Anlegung von Straßenbahnen in den eleganteren Straßen Berlins handelt, dem bestehenden Recht. Danach müßte man annehmen, daß, soweit es sich um die nicht eleganten Stadttheile handelt, das Recht der Krone erweitert werden soll, und das wollen wir nicht. Redner spricht sein Erstaunen über die Haltung d. Abg. Lieber aus, da seine Parteigenossen in der Kommission für die Kommissionssatzung gestimmt hätten.

Abg. v. Strombeck (Btr.) erwirbt, daß auch seine Parteigenossen aus der Kommission sich nachher überzeugt hätten, daß die Kommissionssatzung Zweifel bezüglich des Rechtes der Krone aufkommen lasse.

Abg. Brömel (df.) weißt die Motive der Vorlage mit mehr Geschick und Sachkenntnis abgefeiert wären, hätten wir diese ganze Debatte uns ersparen können. Nach der Erklärung des Ministers hat die Differenz keine praktische Bedeutung mehr. Das Recht der Krone soll danach nicht erweitert werden. Aber wir müssen doch an die Erschwerungen denken, die dem Verkehr erwachsen können und doch auch bereits schon erwachsen sind. Man denkt doch an die Geschichte der Überschreitung der Binden durch die Berliner Pferdebahn. Mehrere Straßen von geringerer Breite als die Charlottenstraße in der Nähe der Linden haben trotz eines großen Wagenverkehrs noch eine Pferdebahnlinie, ohne daß sich Nebellände herausgestellt haben. Deshalb muß man, wenn auch die bisherigen Rechte der Krone in keiner Weise beschränkt werden sollen, was aber der Kommissionsbeschluß auch durchaus nicht thut, doch sehr vorsichtig sein. Wir haben keinen Grund, von der Kommissionssatzung abzusehen.

Abg. Stengel (frk) glaubt auch, daß durch die Kommissionssatzung in die Rechte der Krone eventuell eingegriffen werden könne. Seine Partei werde daher für den unzweideutigen Antrag Lieber stimmen.

Abg. Dr. Lieber führt nochmals die Gründe für das Verhalten des Zentrums an. Der Standpunkt der Regierungssatzung sei ein konsequenter.

Abg. Brömel: Die Ausführungen des Abg. Lieber erinnern mich an den Professor, der das, was ihm nicht klar war, andern erst recht duster zu machen weiß. Heute besteht nur die Praxis, daß für die eleganteren Stadttheile die königliche Genehmigung erforderlich sei. Eine Einschränkung dieser Genehmigung will ich nicht

Darauf wird nach dem Antrag Lieber § 25 in der Fassung der Regierungssatzung angenommen.

Den § 26, welcher die Kleinbahnen verpflichtete, bei der Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen in erster Reihe Militäranwärter zu berücksichtigen, hat die Kommission gestrichen.

Minister Thielen bittet um Wiederherstellung dieses Paragraphen, der in der That den Bahnen keinerlei Lasten auferlege.

Das Haus beschließt dem Kommissionssatzung gemäß.

§ 37 wird angenommen.

Abg. Tiedemann b e a n t r a g t , einen neuen § 37a, wonach die Provinzen die ihnen überwiesenen Dotationen zur Förderung des Baues von Kleinbahnen verwenden können. Das werde für die Provinzen lohnender sein, als der Bau von Chausseen.

Auf den Vorschlag des Präsidenten wird ein Theil der von der Kommission beantragten Resolution damit verbunden, wonach die Fürsorge für die Kleinbahnen unter die Verwendungszwecke im Dotationsgesetz von 1875 ausdrücklich zu rechnen sei.

Abg. Rickert spricht sich für das dem Antrage zu Grunde liegende Prinzip aus. Schon 1875 sei er dafür eingetreten, aber die Majorität habe entsprechende Bestimmungen abgelehnt. Leider sei der Antrag zu wenig vorbereitet.

Abg. v. Tiedemann steht darauf seinen Antrag zurück, um ihn morgen in besserer Fassung einzubringen.

Darauf vertrat das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr.

Schluß 3½ Uhr.

S e r v e n h a u s .

19. Plenarsitzung vom 14. Juni, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen nur Petitionen.

Durch Nebergang zur Tagesordnung werden debattlos erledigt: Petitionen betr. die Gleichstellung der Zeichenlehrer an den höheren Lehranstalten mit den ordentlichen Lehrern; um Nachgewährung von Pensionen für die Jahre 1851–1864 an vorjährliche schleswig-holsteinische Offiziere; um Erfas von Hochwasserschäden an Bewohnern der Thorner Niederung; um Errichtung einer Apotheke in Bardowic.

Zur Erwagung werden der Regierung überwiesen Petitionen um Erlaubnis zur Erweiterung des evangelischen Begräbnisplatzes in M.-Gladbach; um Aenderung des Fischereigesetzes, indem man Aenderungen im Fischereiweisen nur vornehmen soll unter Bezugnahme einer aus Berufsfischern gebildeten Kommission.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr (Militäranwärtergesetz Landgemeindeordnung).
Schluß 2½ Uhr.

D e u t s c h l a n d .

■ Berlin, 14. Juni. Das Abgeordnetenhaus hat heute in der Fortsetzung der Beratung über das Kleinbahngesetz einen prinzipiell wichtigen Beschluß gefaßt. Die Forderung der Regierung, wonach der Erwerb von Kleinbahnen durch den Staat beinahe in jedem Augenblick, wo es der Regierung beliebt, soll geschehen können, ist gegen die Stimmen der Konservativen und Freikonservativen abgelehnt worden. Der große Gegensatz zwischen dem Gedanken der Verstaatlichung und dem des freien Verkehrs hat sich bei dieser Gelegenheit in klaren und fessenden Formen entwickelt. Wer den Staat zur obersten Instanz in allen Dingen des öffentlichen wie wirtschaftlichen Lebens machen will, der zieht allerdings nur eine nahestehende Konsequenz, wenn er das Kleinbahngesetz sofort unter das Damoklesschwert der staatlichen Expropriation stellt. Wer dagegen dies Gesetz als ein Förderungsmittel privater und nutzbringender Thätigkeit, als ein Mittel zur Belebung des Lokalverkehrs, zur Erleichterung von Handel und Wandel ausbauen will, der muß sich mit allen Kräften gegen einen Gedanken wehren, durch welchen der Todeskeim in die Vorlage getragen worden wäre. Die Verhandlung hat den Vertretern beider Richtungen Raum gewährt. Am präzisesten sind die entgegengesetzten Standpunkte wohl in den Reden des Eisenbahnministers und des Abg. Hammacher

hervorgetreten. Man braucht kein abgesagter Feind einer weitergehenden Ausgestaltung des Staatsbahngedankens zu sein, um zu finden, daß Herr Thielen in dieser Auseinandersetzung den fürzeren gezogen hat. Unter den Abgeordneten, die heute gegen den betreffenden Paragraphen der Regierungssatzung gestimmt haben, sind recht viele, die seiner Zeit die Eisenbahnverstaatlichung mitgemacht haben. Aber was zu viel ist, ist zu viel, und es macht einen wirklich befremdenden Eindruck, daß die Regierung in demselben Augenblick, wo sie die Kleinbahnen ermöglichen will, den zur Erprobung aufgerufenen Unternehmungsgeist wieder zurückkehrt, indem sie (man kann es kaum anders nennen) den alsbaldigen Erwerb der aus Privatmitteln gebauten Bahnen androht.

Die Folge des § 26 in der Fassung der Regierungssatzung würde doch wohl sein, daß die Anlage von Kleinbahnen den Privaten nur zu dem Zweck überlassen bliebe, zunächst abzuwarten, ob sich die Übernahme in den Staatsbesitz verlohnzt.

Wenn ja, so hätten die Privatgesellschaften das Nachsehen. Auf die Wahrscheinlichkeit hin, durch den Staat alsbald ausgekauft zu werden, würden sich aber die Unternehmer schwerlich bereit finden, Geld und Mühe an eine Sache zu wenden, deren Nutzen nicht sie hätten. Die staatssozialistische Anschauungsweise der Konservativen hat sich heute wieder einmal mit aller Deutlichkeit gezeigt, zum Glück ohne Schaden.

Eine schlimme Drohung freilich sprach der Minister Thielen aus. Er meinte, wenn § 26 abgelehnt würde, so werde die Regierung wider Willen dazu gezwungen, entweder bei der Konzessionierung allzu vorsichtig zu sein, oder später, wenn die konzessionierte Bahn große Bedeutung gewonnen habe, Konkurrenzlinien zu bauen.

Aber es wird wohl so arg nicht werden. Die "Vorsicht" bei der Konzessionserteilung hat ihre natürlichen Grenzen, die die reine Willkür ausschließen, und zum Bau von Konkurrenzbahnen braucht der Minister die Zustimmung des Landtags.

— Eine neue Postordnung ist, wie schon gemeldet, der "Post" zufolge ausgearbeitet worden, die mit dem 1. Juli in Kraft treten soll. Dieselbe enthält umfangreiche Änderungen, so daß eine neue Ausgabe des Briefs wie des Packetposttarifes in Aussicht genommen sei.

— Zu dem ominösen Kapitel der Aussöhnung zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck scheint der "Kreuzztg." zweierlei ausgeschlossen: daß nach Allem, was geschehen ist, Fürst Bismarck wieder in seine vorige Stellung eintritt und daß zweitens die "Versöhnung" mit einem Kanossa für den Kaiser erfaßt wird. — Das genügt.

— Der Oberhof- und Hausmarschall, Oberstallmeister Kaiser Wilhelms I., Graf Bücker, ist heute Mittag im Schlosse Bellevue gestorben.

— Die im heutigen Morgenblatt wiedergegebene Nachricht aus Zanzibar, der Chef in der kaiserlichen Schutztruppe und Kommandant der Klimandscharo-Station Freiherr von Bülow habe den englischen Missionaren in dem Gebiet von Moçambique dieses Gebiet zu verlassen, da er einen Angriff darauf befürchtete. Der englische General-Konul Mr. Portal habe hier gegen Vorstellungen bei dem Kaiserlichen Gouvernement gemacht, wird, wie schon telegraphisch gemeldet, vom "Reichsanzeiger" bestätigt. Derselbe schreibt: "Diese Nachricht stimmen mit den aus Deutsch-Ostafrika hier eingegangenen insowein überein, als nach einer Meldung des Kaiserlichen Gouvernements vom 20. v. M. Freiherr von Bülow einen Angriff gegen das Gebiet von Moçambique beobachtigt und die Vorsicht geübt hatte, die englischen Missionare rechtzeitig zu warnen. Der englische Vertreter in Zanzibar wird inzwischen durch den Gouverneur von der Sachlage unterrichtet worden sein, mit dem Hinweise darauf, daß die Instruktion des Herrn von Bülow ein kriegerisches Vorgehen gegen die eingeborenen Stämme nur im dringendsten Falle gestattet."

Köln, 14. Juni. Der Reichstags- und Landtags-Abgeordnete Landgerichtsrath Spahn in Bonn ist der "K. B.-Ztg." zufolge zum Ober-Landesgerichts-Rath in Poseen ernannt worden. Derselbe behält sein Reichstagsmandat während für das Landtagsmandat Aachen-Eupen die Neuwahl nötig. Spahn tritt das neue Amt erst 1896 an, weil er bis dahin als Kommissionsmitglied zur Ausarbeitung des bürgerlichen Gesetzbuches für das deutsche Reich beschäftigt ist.

Köln, 14. Juni. Der frühere Vorsitzende des antisemitischen Vereins, Gruner, ist aus der Haft entlassen worden und hat den Veranlasser seiner Verhaftung verklagt, weil sein Steckbrief gegen ihn vorlag.

und noch viel ekelhafteren Dingen. — Vielleicht führt diese Industrie die Natur selber zu ihrer Rechtfertigung an, die ja zuweilen ebenfalls sozusagen sich hinterlistig bestimmt, indem sie z. B. eine Anzahl giftiger Pilze den ebbaren täuschen ähnlich gestaltet hat, oder indem sie am Roggen den gefährlichen Mutterkornpilz (*Claeoporus purpurea*) wachsen läßt, der, nachher im Brote gegessen, schon oft viel Unheil angerichtet hat.

Die Pilze spielen überhaupt, auch im gewöhnlichen Haushalt, eine ziemlich große Rolle, aber nicht die im Walde wachsenden, sondern jene kleinen Lebewesen, die myriadenweise die Luft bevölkern und deren Bedeutung man erst in neuester Zeit voll und ganz zu würdigen gelernt hat. Es ist eine allgemein bekannte Thatsache, daß eingemachte Früchte sehr leicht verderben, vorzugsweise jene Fruchtarten, deren Haut sehr zart ist und somit leicht Risse und Sprünge bekommt, wie Himbeeren, Erdbeeren und das sog. Sommerroß, während die mit dickerer Schale, wie Beetebeeren und das Winterroß, viel längeren Widerstand zu leisten vermögen. Die Ursache dieser frühzeitigen Fäulnis bilden eben jene niederen Lebewesen, von denen hier vorzugsweise drei Arten in Betracht kommen: die Schimmelpilze (gelbe, rothe, grüne), braune oder schwarze, pulvige Massen), die Sprotpilze (bekannt unter dem Namen Hefe) und die Spaltipilze (von denen es wiederum drei Arten gibt, die runden oder Mikrototken, die geraden oder Bakterien und die spiralförmigen oder Spirillen.) Letztere sind die eigentlichen Mutterkörner. Sie sind es, die den verdorbenen Eiern, dem faulenden Fleisch den ekelhaften Geruch verleihen, der letzter von der modernen Geschmacksverirrung beim Wild als „haut gout“ in den Himmel gehoben, die das Sauermachen der Milch und des Bieres veranlassen und noch viele andere Unthaben in Küche und Keller verrichten. Alle diese Pilze pflanzen sich mit fabelhafter Geschwindigkeit fort. Der Bakteriologe Cohen hat festgestellt, daß die Nachkommenzahl einer einzigen Bakterie in vierundzwanzig Stunden bereits die ganz respektable Zahl von 16 777 220 erreicht (da eine gewöhnliche Stäbchenbakterie $\frac{1}{1000}$ Mill. im Durchmesser hat und $\frac{1}{500}$ Mill. lang ist, so gehen auf einen Kubm. 633 Millionen dieser Lebewesen) und nach drei Tagen würde die Masse derselben bereits etwa einhundertfünzig Zentner betragen — wenn sie nicht zugleich auch milliardenweise im Kampf ums Dasein untergingen.

Was insbesondere die einzumachenden Früchte anbetrifft, so vermögen jene Schmarotzer allerdings durch die unverleitete Schale nicht hindurchzudringen. Jede Verleitung derselben, die eben den Pilzen, d. h. dem Verfaulen, Thür und Thor öffnet, ist daher sorgfältig zu vermeiden, bezo. müssen die Früchte genau sortirt und die verleiteten von dem Einmachern ausgeschlossen werden. Um aber auch durch etwaige übersehene Verleitungen nicht Schaden zu leiden, müssen die Gefäße mit den Früchten "sterilisiert", d. h. in einem eisernen, mit kaltem Wasser gefüllten Gefäß eine Stunde lang gekocht werden, wodurch allen Pilzen der Garrau gemacht wird, alsdann muß man das Fruchtgefäß luftdicht verschließen. Ähnlich werden ja in Konserverfabriken die Gemüse und Fleischarten behandelt. Uebrigens sei im Anschluß daran noch erwähnt, daß der Gebrauch derartig konservierter oder konservierter Nahrungsmittel ebenfalls nicht ohne Gefahr ist. Diese Konserverbüchsen sind nämlich häufig verzinkt und so kann sich die Verzinzung abscheiden und in den Inhalt der Büchsen übergehen. Das Zinn aber ist wie das Blei ebenfalls giftig und es sind bereits eine ganze Anzahl derartiger Unglücksfälle beobachtet worden. Vorsicht ist daher auch hier die Mutter der Weisheit.

Zum Schluß noch wenige Worte über eine Gruppe von Feinden, die an Zahl zwar klein, aber an Heimtücke und Gefährlichkeit alles übertreffen, was bisher über dieses Gebiet gesagt worden ist. Da diese Guerrilleros bisher jeden Versuch einer persönlichen Bekanntschaft mit bewundernswertlicher Geschicklichkeit zu vereiteln verstanden haben, so vermag man sie nur mit dem allgemeinen Gattungsbegriff, Fisch-, Fleisch-, Wurst- und Käsegefäß, zu bezeichnen. Von Zeit zu Zeit berichtet die Tagespresse immer wieder von Fällen, wo einzelne Personen oder ganze Familien und selbst größere Gesellschaften mehrere Stunden nach dem Genuss eines der erwähnten, ancheinend sich im besten Zustand befindlichen Nahrungsmittel unter heftigen, choleraartigen Erscheinungen erkrankt und zum Theil auch gestorben sind. Welcher Art die giftige Substanz ist, weiß man, wie gesagt, nicht. Nur hat man Grund anzunehmen, daß sie sich durch Zersetzung von Eiweiß bildet und vermutlich ferner, daß dieselbe identisch ist mit jenen in Leichen gefundenen Stoffen, die man Leichenalkaloiden oder Proteamine nennen. Von den Fischen sind es in erster Reihe die Barben, deren Roggen zeitweise giftige Eigenschaften annimmt und dann krankhafte Zu-

stände hervorruft, die unter der Bezeichnung "Barbenholera" bekannt sind. Doch auch andere Fische und Wasserthiere überhaupt (Austern, Miesmuscheln) können derartige gefährliche Eigenschaften entwickeln. Bei Fleisch- und Wurstvergiftungen handelt es sich häufig um ein von milzbrandkranken Thieren verstammendes Material. Abgesehen von diesen Fällen können aber auch durch anscheinend völlig gesundes Fleisch, namentlich Schinken, bedrohliche Erscheinungen verursacht werden, die lebhaft an eine Vergiftung mit Belladonna (Dollkirsche) erinnern. In anderen Fällen hat der Zustand viel Ähnlichkeit mit Unterleibsyphus, so bei der bekannten Massenvergiftung, die im Juli 1889 auf dem Gefangensfest zu Andelfingen in der Schweiz sich ereignete, wo von siebenhundertvierundzwanzig Teilnehmern vierhundertvierundvierzig erkrankten, eine ganze Anzahl mit tödlichem Ausgang, und die ganze Sache sich wie eine Typhusepidemie ausnahm.

Von den Würsten sind es vorzugsweise Leber- und Blutwürste, in denen sich mit Vorliebe das Wurstgefäß bildet. Der Form nach unterscheidet sich diese Art Vergiftung von den anderen durch ihren viel langameren Verlauf und die verhältnismäßig häufige günstige Wendung. Letzterer Umstand gilt auch von der Käsevergiftung, die sogar in den meisten Fällen und ziemlich schnell, schon innerhalb 12 bis 24 Stunden, günstig verläuft. Die ganze Gruppe ist und bleibt eine gefährliche Gesellschaft, die zu meiden, leider fast ganz außerhalb unserer Macht steht. Zuweilen kündigt sie ihre Anwesenheit durch gewisse, auch nicht immer treffsichere Signale an, da diese auch oft vorhanden sind, ohne daß gefährliche Feinde im Hintergrunde lauern. Es ist das eine gewisse Mischfarbigkeit oder „Unruhigkeit“ der betreffenden Nahrungsmittel. Indessen werden wir uns von diesen, wie auch von manchen anderen der erwähnten Hausgenossen, mit denen wir Tag aus Tag ein die freundschaftlichen Beziehungen unterhalten, weil die Träger derselben zur Erhaltung unseres Lebens erforderlich sind, trotz aller Sorgfalt und Mühe nicht immer fernhalten können. Da bleibt eben nur noch das Stoßgebet übrig: Himmel, behüte uns vor unseren Feinden, vor den Feinden werden wir uns schon selber zu schützen wissen!

